

Abstimmung vom 9. Februar 2025

Sorge um Wirtschaft über- wiegt: Klares Nein zur Umweltverantwortungs- initiative

**Abgelehnt: Volksinitiative «Für eine verantwor-
tungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren
Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»**

Layla Huber

Empfohlene Zitierweise: Huber, Layla (2025): Sorge um Wirtschaft
überwiegt: Klares Nein zur Umweltverantwortungsinitiative. *Swissvotes –
die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online:
www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eid-
genössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität
Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im Jahr 2009 wird das Konzept der planetaren Belastbarkeitsgrenzen von verschiedenen Umweltwissenschaftler:innen erarbeitet. Nach diesem Konzept kann die Menschheit innerhalb dieser Grenzen sicher leben und sich entwickeln. Das Konzept beschreibt Prozesse, welche die Stabilität der Erde regulieren, zum Beispiel der Wandel des Klimas, Belastung durch Chemikalien oder die Intaktheit der Biosphäre, wozu auch die Biodiversität gehört. Wird eine Grenze in einem Bereich überschritten, bedeutet das, dass sich dieser Bereich nicht mehr erholen kann. Im Jahr 2023 enthält das Konzept der planetaren Belastbarkeitsgrenzen neun Grenzen, von welchen sechs schon überschritten sind, darunter die genannten Beispiele. Einzelne Aspekte davon waren schon Gegenstand verschiedener Volksabstimmungen, mit unterschiedlichem Ausgang. Beispiele sind das 2021 abgelehnte CO₂-Gesetz (Vorlage 644), das 2023 angenommene Klimagesetz (Vorlage 663) oder die 2024 abgelehnte «Biodiversitäts-Initiative» (Vorlage 671).

Auf das Konzept der planetaren Belastbarkeitsgrenzen insgesamt nehmen die Jungen Grünen Bezug, als sie 2021 die «Umweltverantwortungsinitiative» lancieren. Sie wollen damit nach eigenen Angaben auf eine Wirtschaft hinarbeiten, die diese Grenzen innert zehn Jahren nicht mehr überschreitet und das Wohl von Menschen und Umwelt ins Zentrum stellt. Unterstützt werden sie dabei von den Grünen, der SP sowie verschiedenen Umwelt- und Tierschutzorganisationen. Die Initiative kommt 2023 zustande.

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative ohne Gegenentwurf zur Ablehnung, da er ihre Forderungen für zu weitgehend hält und unverhältnismässige Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft befürchtet. Der Nationalrat (mit 133 zu 61 Stimmen) und der Ständerat (mit 31 zu 11 Stimmen) folgen dem Bundesrat. Nur die SP und die Grünen votieren für die Initiative. Sie wollen damit das Ziel, innerhalb der planetaren Grenzen zu leben, rechtlich festhalten und auch der jungen Generation eine lebenswerte Zukunft sichern. Die Fraktionen von SVP, Mitte und FDP sowie – in moderaterem Ton – der GLP äussern sich gegen die Initiative. Es wird argumentiert, dass eine Annahme der Initiative eine grosse wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung bedeuten würde und einen starken Wohlstandverlust bedeuten könnte. Nachhaltigkeit in der Schweiz solle jedoch nicht auf Kosten des Wohlstands erreicht werden. Ein Antrag der Grünen für einen direkten Gegenentwurf, der im Sinn eines Kompromisses keine Umsetzungsfrist enthalten hätte, bleibt in beiden Räten ebenso chancenlos.

GEGENSTAND

Die Volksinitiative fordert, dass Bund und Kantone sicherstellen, dass die planetaren Belastbarkeitsgrenzen den Rahmen für die schweizerische Wirtschaft bilden. Spätestens zehn Jahre nach der allfälligen Annahme der Initiative darf die durch die Schweiz verursachte Umweltbelastung

die planetaren Grenzen proportional zum Bevölkerungsanteil der Schweiz nicht mehr übersteigen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Fronten und Argumentationsweisen im Abstimmungskampf gestalten sich sehr ähnlich wie im Parlament. Die SP, die Grünen, die EVP und Tier- sowie Umweltschutzorganisationen sprechen sich für die Initiative aus, Nein sagen die bürgerlichen Parteien einschliesslich der GLP sowie die grossen Wirtschaftsverbände.

Das Initiativkomitee argumentiert, dass Umweltkrisen uns alle betreffen und auch die Schweiz immer stärker von Umweltkatastrophen belastet sei. Es sei wichtig, jetzt zu handeln, damit Zeit bleibe, die Überschreitung weiterer Grenzen zu verhindern und unumkehrbare Schäden zu vermeiden. Das Problem müsse an der Wurzel angepackt werden, um die Umweltkrisen ganzheitlich zu lösen. Eine Annahme der Initiative werde eine nachhaltige Wirtschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze für die Schweiz schaffen. Durch eine sozialverträgliche Umsetzung sollten Haushalte mit tieferem Einkommen nicht zusätzlich belastet werden.

Seitens der Nein-Kampagne wird die Initiative hingegen «Verarmungs-Initiative» genannt. Sie argumentiert, dass mit der Annahme der Initiative höhere Preise und Konsumverbote folgen würden. Zudem sei die Initiative «utopisch». Eine Veränderung lasse sich auch nicht in wenigen Jahren erzwingen, ohne dass es Verbote, Vorschriften und grosse Rückschritte beim Wohlstand gäbe. Nicht zuletzt würde eine Annahme die Schweiz als Wirtschaftsstandort schwächen.

Die Initiative erhält eine deutlich unterdurchschnittliche Medienaufmerksamkeit. Die Komitees bewerben diese auch nur schwach. Die Pro-Kampagne der Jungen Grünen, finanziell unterstützt durch die Grünen und Greenpeace, weist ein halb so grosses Budget auf wie die durch die FDP organisierte und massgeblich von den Wirtschaftsverbänden finanzierte Kontra-Kampagne.

ERGEBNIS

Die Initiative wird mit 69,9% Nein-Stimmen klar abgelehnt und findet auch in keinem Kanton eine Mehrheit. In der Westschweiz und den Städten fällt das Nein weniger deutlich aus: Am niedrigsten ist der Nein-Anteil in Basel-Stadt (55%) und Neuenburg (58%). Am stärksten abgelehnt wird die Initiative in der Innerschweiz, besonders in Schwyz (85%) und Nidwalden (83%). Die Stimmbeteiligung liegt bei 38%.

In der Vox-Nachbefragung zeigt sich auf der Links-Rechts-Achse ein deutlicher Graben bei den Ja- und Nein-Stimmenanteilen. (Nur) bei den Sympathisierenden der linken Parteien gab es deutliche Ja-Mehrheiten (Grüne: 94%, SP: 67%). Überdurchschnittliche Ja-Stimmenanteile – aber keine Ja-Mehrheiten – gab es auch bei Stimmberechtigten unter 40 Jahren und bei Frauen.

Für die Ja-Stimmenden überwog das Motiv des Umweltschutzes, welches wiederum durch das Wohl künftiger Generationen und den Wunsch verantwortungsvoll zu leben motiviert war. Ein weiteres Hauptmotiv betraf die wahrgenommene Dringlichkeit der Thematik. Nein-Stimmende gaben hauptsächlich an, dass sie die Umsetzung zu extrem fanden oder befürchteten, die Initiative sei nicht umsetzbar. Viele von ihnen sahen zwar Handlungsbedarf im Umweltbereich, dieser sollte aber nicht auf Kosten des Lebensstandards, der Wirtschaftsentwicklung und der Lebenshaltungskosten zustande kommen.

QUELLEN

Eidgenössische Finanzkontrolle (2025). *Schlussrechnung über die Einnahmen und Zuwendungen zur Umweltverantwortungsinitiative*. <https://politikfinanzierung.efk.admin.ch/app/de/exports/votes>, abgerufen am 27.10.2025.

Flückiger, Bernadette, und Karel Ziehli (2025). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)» (BRG 24.021), 2021–2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 27.10.2025.

gfs.bern (2025). *Vox-Analyse Februar 2025. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9.2.2025*. Bern: gfs.bern.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2025). *APS-Zeitungs- und Inse-rateanalyse zur Abstimmung vom 9. Februar 2025. Zwischenstand vom 30.1.2025*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Richardson, Katherine, et al. (2023). Earth beyond six of nine Planetary Boundaries. *Science Advances*, 9(37). DOI: 10.1126/sciadv.adh2458.

Rockström, Johan, et al. (2009). A safe operating space for humanity. *Nature* 461, 472–475. DOI: 10.1038/461472a

Kampagnenwebsite des Ja-Komitees (2025). *Umweltverantwortungsinitiative*. <https://web.archive.org/web/20250209221427/https://www.umweltverantwortung.ch/>

Kampagnenwebsite des Nein-Komitees (2025). *Nein zur Verarmungs-Initiative*. <https://web.archive.org/web/20250207232727/https://nein-zur-verarmungsinitiative.ch/>

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 9.2.2025 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 24.021).

Bundesblatt: BBl 2023 746. BBl 2024 109. BBl 2024 2488. BBl 2025 1288.